



ASSEMBLÉE DES RÉGIONS D'EUROPE
ASSEMBLY OF EUROPEAN REGIONS
VERSAMMLUNG DER REGIONEN EUROPAS
ASAMBLEA DE LAS REGIONES DE EUROPA
ASSEMBLEA DELLE REGIONI D'EUROPA

Original in English

Erklärung von Sopron
(einstimmig angenommen am 30. November 2001)

Wir,

die gewählten politischen Vertreter aus 250 europäischen Regionen

haben uns heute hier in Sopron, Ungarn, zur Hauptversammlung 2001 der Versammlung der Regionen Europas eingefunden.

Die Wahl des ungarischen Komitats Győr-Moson-Sopron als Austragungsort unserer Hauptversammlung 2001 – der ersten in einem Beitrittsland aus Mittel- und Osteuropa – reflektiert die Bedeutung, die wir der Erweiterung der Union und der Debatte zur europäischen Governance beimessen. Die sorgfältige Vorbereitung unseres Zusammentreffens und die grosse Gastfreundschaft der Region, vertreten durch Präsident Ferenc Ivánics, haben wesentlich zum Erfolg der diesjährigen Hauptversammlung beigetragen.

Folgende Themen wurden vorgeschlagen und behandelt:

- die Erweiterungspolitik der Europäischen Union und ihre Auswirkungen auf die europäischen Regionen,
- der Beitrag des "Europas der Regionen" zu einer transparenten und legitimierten europäischen Governance,
- die Notwendigkeit, den Regionalismus insbesondere in Mittel- und Osteuropa zu verstärken,
- die Rolle der Regionen bei der Sicherstellung von Stabilität und Frieden in einer vernetzten Welt.

1. Die Erweiterung der Europäischen Union

Die Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes im Erweiterungsprozess betrifft die Regionen aus den Beitrittsländern im Hinblick auf den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt und auf die umweltpolitischen Herausforderungen, die eine EU-Mitgliedschaft an sie stellt. Regionales Verkehrswesen, Raumplanung, Abfallwirtschaft, Agrar-, Jugendpolitik oder die Integration von Minderheiten sind nur einige Bereiche, in denen die Regionen von der EU-Politik betroffen sind.

Vor diesem Hintergrund

- fordern wir, dass der Beitrittsprozess in einer annehmbaren Weise für die Völker sowohl in der EU als auch in den Beitrittsländern erfolgt. Darum fordern wir eine Einbeziehung der Regionen in den Erweiterungsprozess und sind der Auffassung, dass der VRE hinsichtlich

Immeuble Europe, 20 place des Halles, F – 67054 STRASBOURG Cedex (France)

Téléphone (+33) 3 88 22 07 07 – Téléfax (+33) 3 88 75 67 19

E-mail : secretariat@are-regions-europe.org ou infopresse@are-regions-europe.org



des Erfolgs der Erweiterung mit der Vorbereitung aller Regionen in Mittel- und Osteuropa auf die Integration in die Europäische Union eine entscheidende Rolle zukommt. Als die paneuropäische Vertretung der Regionen sind wir fest entschlossen, unsere Beziehungen mit den Regionen der Länder, die noch nicht in den Beitrittsprozess einbezogen sind, auszuweiten,

- schlagen wir vor, uns insbesondere den Regionen an der neuen Peripherie der Europäischen Union zu widmen, um politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit und Austausch mit und in diesen Regionen zu stimulieren,
- sind wir überzeugt, dass ein ähnlicher Ansatz für die Länder im Mittelmeerraum notwendig ist und bitten die Europäische Union um die Fortsetzung des Barcelona-Prozesses,
- erachten wir die Entwicklung einer Zusammenarbeit mit nichteuropäischen Regionen, insbesondere mit Regionen aus föderalen Staaten als wichtig.

2. Ein transparentes und legitimes europäisches Regieren

In dem Weissbuch zum Europäischen Regieren verpflichtet sich die Europäische Kommission zu den Prinzipien der Offenheit, Partizipation, Verantwortlichkeit, Effizienz und Kohärenz. Die Anwendung dieser Prinzipien würde den Grundsatz der Verhältnismässigkeit und das Subsidiaritätsprinzip stärken. Die Kommission verpflichtet sich zu einem engen Dialog mit den Regionen.

In Übereinstimmung mit den Erklärungen der Kommission

- schlagen wir einen Verhaltenskodex vor, in dem die Kommission sich für eine Zusammenarbeit mit den Regionen und den sie vertretenden Körperschaften verpflichtet und deren Sachwissen im frühen Stadium des Entscheidungsprozesses bei der Vorbereitung von Erklärungen oder Mitteilungen berücksichtigt,
- betonen wir, dass dies zu einer grösseren Transparenz bei der Entscheidungsfindung in der Europäischen Union führen und die Zuständigkeiten jeder Regierungsebene klar definieren würde,
- appellieren wir an die Mitgliedstaaten, dass sie, sofern sie dies noch nicht praktizieren, künftig ihre Regionen an den nationalen Debatten zur Zukunft der Union beteiligen und sie in allen Bereichen ihrer Kompetenzen konsultieren,
- verfolgen wir insbesondere eine grössere Einbeziehung der europäischen Bürger - vor allem über ihre gewählten politischen Körperschaften, wie die Regionen, und über Referenden -, was bei den bisherigen Regierungskonferenzen nicht der Fall war,
- beanspruchen wir eine direkte Vertretung der Regionen im Konvent zur Reform der EU und ihre Beteiligung an der Definition des künftigen Verfassungsrahmens der Europäischen Union,
- fordern wir, dass diese Beteiligung über die europäischen Organisationen wie die VRE, als direkte Stellvertreter der europäischen Regionen, erfolgt. Wir sind überzeugt, dass der vorgeschlagene Verhaltenskodex bedeutend zu einer lebensfähigen Entwicklung eines eigenen Dialogs zwischen der EU und den Regionen beiträgt.

3. Verstärkung des Regionalismus insbesondere in Mittel- und Osteuropa

Bei den derzeit laufenden Dezentralisationsprozessen in Mittel- und Osteuropa sollten die Charta der kommunalen Selbstverwaltung und die Charta der regionalen Selbstverwaltung des Europarats und die Erklärung zum Regionalismus der Versammlung der Regionen Europas einbezogen werden.



In diesem Rahmen und auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips

- regen wir die Organisation von Informationsseminaren in europäischen Regionen an, um damit den Regionalismus und die Dezentralisation zu fördern,
- schlagen wir die Erarbeitung von Sachstandsberichten und die Implementierung eines Leistungsvergleiches in Bezug auf den Dezentralisationsprozess vor,
- fordern wir die Einrichtung von Kooperationsnetzen, die als wirksames Instrument zur Stärkung der Regionalisierung angesehen werden können.

4. Stabilität und Friede in einer vernetzten Welt

Die verstärkten terroristischen Aktivitäten, die in den Anschlägen im September 2001 kulminierten, verlangen in unserer gemeinsamen, vernetzten Welt nach der Mobilisierung aller denkbaren Energien und nach angemessenen Aktionen, um jede terroristische Grundlage zu zerschlagen.

Deshalb

- unterstreichen wir die Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklung für das Regieren in allen Ländern,
- betonen wir, dass insbesondere in der derzeitigen globalen Krise Regionalismus und Föderalismus eine langfristige Lösung für die Sicherung des Friedens zwischen den Völkern mit unterschiedlichen Kulturen und Religionen darstellen können,
- verpflichten wir uns zu einer wahrhaften Integration von Minderheiten,
- erwägen wir Aktivitäten, die durch den Einsatz für Gleichheit zwischen den Regionen und kulturelle und religiöse Toleranz geeignet sind, Menschen von Fanatismus fern zu halten.

Versammlung der Regionen Europas
Sopron, den 30. November 2001